



Presseschau vom 01.04.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Lawrow: USA wissen, was russische Militärspezialisten in Venezuela tun

Die russische Seite hat den USA erklärt, dass die sich in Venezuela aufhaltenden russischen Militärangehörigen die Militärtechnik warten, die zuvor in dieses Land geliefert worden war. Dies sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Sonntag.

„Wir haben klar gemacht, was unsere Militärangehörigen in Venezuela tun. Sie warten auf völlig legitimer und gesetzlicher Grundlage jene Technik, die wir entsprechend den Regierungsabkommen geliefert haben, welche vom venezolanischen Parlament ratifiziert worden waren und in vollem Einklang mit der Verfassung Venezuelas stehen“, sagte Lawrow in der Sendung „Moskau. Kreml. Putin“ des russischen Fernsehens.

Lawrow kommentierte so die jüngste Forderung von US-Präsident Donald Trump an Russland, Venezuela zu verlassen. Nach Trumps Äußerung werde Washington alle möglichen Handlungsvarianten prüfen, um Russland zu zwingen, das zu tun.

Lawrow merkte an, dass das Außenministerium schon auf einen Telefonanruf von US-Außenminister Mike Pompeo an ihn reagiert habe. Pompeo habe „etwa die gleiche Aufforderung, allerdings in einer höflicheren Form“ ausgesprochen.

Zuvor hieß es im russischen Außenministerium, dass der Aufenthalt russischer Fachleute auf venezolanischem Territorium durch das zwischenstaatliche Abkommen über militärtechnische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Caracas geregelt werde und Russland dabei nichts verletze. Die Spezialisten würden in diesem Land bleiben, „solange die Regierung von Venezuela es als notwendig erachtet“. Wie Sputnik zuvor aus diplomatischen Kreisen in Caracas erfuhr, waren am 23. März zwei russische Flugzeuge mit Militärangehörigen an Bord

am internationalen Flughafen Maiquetia gelandet. Laut lokalen Medien sollen die 99 russischen Offiziere mit Vertretern Venezuelas Konsultationen zur militärtechnischen Zusammenarbeit führen. Die Flugzeuge haben außerdem 35 Tonnen Güter gebracht.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32454/42/324544298.jpg>

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Losowoje** und **Smeloje**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Venezuela: Maduro kündigt Plan für Wiederherstellung von Stromversorgung an**

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro hat bekanntgegeben, dass er einen Monatsplan zur Wiederherstellung des Stromversorgungssystems im Land genehmigt hat. Maduro zufolge sieht dieser die Regulierung der Stromnetzbelastung vor.

„Es wurde ein monatlicher Aktionsplan verabschiedet, um die garantierte Stromversorgung und den Stromerzeugungsprozess sicherzustellen“, sagte Maduro in einer Ansprache an die Nation. Dabei werde das Hauptaugenmerk auf die Wiederherstellung der Wasserversorgung gerichtet, die völlig von der Stromversorgung abhängt, so Venezuelas Präsident weiter.

Zudem rief er alle Bürger dazu auf, ihre Wachsamkeit zu erhöhen. „Wir müssen unsere Sicherheit stärken; wir haben es mit Monstern zu tun, die Venezuela zerstören wollen. (...) Diese Angriffe wurden mit dem Zweck unternommen, das Land in den Wahnsinn zu treiben (...). Ihr Plan ist, Venezuela zu zerstören (...)\", so der Staatschef.

Der erste und massivste Stromausfall ereignete sich in Venezuela am 7. März, als Caracas und die meisten Bundesstaaten vom Blackout betroffen waren. Die Regierung hatte als eine Ursache dafür einen Sabotageakt im Wasserkraftwerk Simón Bolívar angegeben. In vielen betroffenen Regionen war laut Medienberichten eine Welle von Raubüberfällen zu verzeichnen. Allein im Bundesstaat Zulia habe sich der Schaden durch Aktivitäten von Tätern auf 50 Millionen Dollar belaufen.

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 31. März 3:00 Uhr bis 1. April 3:00 Uhr**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 10.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Golmowski, Sajzewo, Dolomitnoje, Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Spartak, Kaschtanowoje, Jasinowataja, Sachanka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden gestern durch Beschuss von Seiten der BFU auf Sajzewo zwei Zivilisten, die in der Karbyschew-Straße 40 wohnen, verletzt:

eine Frau, geb. 1965 – Splitterverletzung an der Bauchhöhle;

ein Mann, geb. 1965 – Splitterverletzung am Oberschenkel.

Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 85.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kalibers bis zu 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 119.

Ab 01:01Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Im Rahmen des Vertrags: Über diesem EU-Land wird Russland den Himmel inspizieren**

Russische Experten unternehmen im Zeitraum vom 1. bis zum 5. April im Rahmen des Vertrages über den Offenen Himmel einen Überwachungsflug über dem Territorium Spaniens. Dies berichtet die Zeitung „Krassnaja Swesda“ unter Berufung auf Sergej Ryschkow, den Chef des Nationalen Zentrums für Verminderung der nuklearen Gefahr.

„Der Beobachtungsflug mit einer maximalen Reichweite von 1800 Kilometern wird im Zeitraum vom 1. bis zum 5. April vom spanischen Flugplatz des Offenen Himmels, Getafe, (...) ausgeführt“, sagte Ryschkow.

Während des Fluges sollen spanische Fachleute an Bord der Maschine die Anwendung der Beobachtungsgeräte kontrollieren.

Zugleich soll eine gemeinsame Mission Deutschlands, Italiens und Griechenlands einen Beobachtungsflug über Russland vom Flugplatz Kubinka im Moskauer Gebiet aus starten. Der Vertrag wurde im Jahr 1992 in Helsinki von 27 Mitgliedstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterzeichnet. Sein Ziel ist es, gegenseitige Verständigung und Vertrauen zu festigen. Russland ratifizierte den Vertrag am 26. Mai 2001.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31763/84/317638427.jpg>

Ria.ru: Das Komitee der Staatsduma für Angelegenheiten der GUS hat die von der LDPR-Fraktion erstellte Erklärung über die Nichtanerkennung der Wahlen in der Ukraine unterstützt, der Rat der Duma wird das Dokument am Montag erörtern, teilte der Vorsitzende des Komitees Leonid Kalaschnikow mit.

Er merkte auch an, dass das Komitee empfiehlt, die Erklärung nach der offiziellen Bekanntgabe der Wahlergebnisse zu beschließen.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **In nur einem Jahr: Poroschenkos Einkommen um fast das 100-Fache gewachsen**

Die Einkommen des ukrainischen Staatschefs Petro Poroschenko sind im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um das 95-Fache auf 1,56 Milliarden Griwna (umgerechnet 50,5 Millionen Euro) gestiegen. Das teilte das ukrainische Webportal ukrane.ws am Montag unter Verweis auf das einheimische Register der Einkommenserklärungen mit.

Demnach ist das monatliche Gehalt des Präsidenten auf dem bisherigen Niveau von 336.000 Griwna (10.800 Euro) geblieben.

Der Großteil der Einnahmen Poroschenkos soll auf Dividenden aus dem Unternehmen Rotschild Trust Schweiz AG – 1,1 Milliarden Griwna (zirka 35 Millionen Euro) – sowie aus dem Investitionsfonds „Prime Assets Capital“ – 400 Millionen Griwna (12,9 Millionen Euro) – entfallen.

Zudem sollen sich die Zinsen von Poroschenkos Guthaben bei der International Investment Bank auf 20,9 Millionen Griwna belaufen.

777.000 Griwna soll Poroschenko durch den Verkauf von Immobilien eingenommen haben. Weitere 28,8 Millionen Griwna soll er für die Enteignung seiner Wertpapiere und Gesellschaftsrechte bekommen haben.

Im Jahr 2017 soll sich Poroschenkos Einkommen auf 16,3 Millionen Griwna (umgerechnet 520.000 Euro) belaufen haben.

Poroschenko kandidierte am Sonntag bei der Präsidentschaftswahl. Nach Auswertung von 70 Prozent der Wahlzettel kommt Selenski auf 30,45 Prozent, Poroschenko auf 16,19 Prozent und Timoschenko auf 13,15 Prozent.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32314/18/323141845.jpg>

de.sputniknews.com: **Weißrussland will für Frieden in Ukraine „mehr tun“ – Lukaschenko**

Weißrussland will laut seinem Präsidenten Alexander Lukaschenko alles daransetzen, um den Konflikt im Donbass zu regeln.

„Wenn wir mehr für den Frieden in der Ukraine tun können, sind wir bereit, dies zu tun. Ich habe bereits mehrmals darüber gesprochen“, sagte Lukaschenko laut der Agentur BELTA bei einem Treffen mit dem OSZE-Sonderbeauftragten für die Ukraine, Martin Sajdik, am Montag in Minsk.

Laut Lukaschenko wird Minsk stets maximale Anstrengungen unternehmen, um die Aktivitäten von Sajdik in der Ukraine zu unterstützen.

Zuvor hatte Lukaschenko erklärt, der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko müsse erste Schritte zur Regelung der Situation im Donbass tun.

Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den nationalistischen Staatsstreich in Kiew nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten. Bei den Gefechten zwischen dem Kiew-treuen Militär und den örtlichen Bürgermilizen sind laut UN-Angaben mehr als 10.000 Menschen ums Leben gekommen.

Die Beilegung des Konflikts im Donbass wird unter anderem bei Treffen der Kontaktgruppe in Minsk besprochen. Diese hatte im September 2014 bereits drei Dokumente verabschiedet, die die Deeskalationsstufen festlegen. Jedoch kommt es auch nach den erzielten Waffenstillstand-Abkommen immer wieder zu Schusswechseln zwischen den Konfliktparteien.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 01.04.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zehnmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von acht Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Garas die Gebiete von **Golmowskij, Dolomitnoje** und **Sajzewo** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung 26 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 93. mechanisierten und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij und Mischantschuk aus **Jasinowataja, Kaschtanowoje, Spartak** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 79. Luftsturmbriade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Sachanka** mit Mörsern des Kalibers 120mm und Granatwerfern beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung drei Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Die Führung des militärischen Rechtsordnungsdienstes der ukrainischen Streitkräfte hat eine **Analyse der Fälle von Verletzungen der Regeln zum Umgang mit Waffen** durch Soldaten, die Aufgaben in der OOS-Zone erfüllen, durchgeführt, bei der sich als Hauptursachen für Verletzung und Tod die Ausführung dienstlicher Obliegenheiten unter Alkohol- und Drogeneinfluss und das niedrige Niveau der Kontrolle über das Personal von Seiten des kommandierenden Personals herausstellten. Außerdem wurde brigadeweise eine **Statistik der von Soldaten begangenen Verbrechen** aufgestellt.

Wie sich herausstellte, nehmen die ehrenhaften ersten Plätze die Elitebrigaden, die

Gebirgssturmgruppe und die Marineinfanteriebrigade, ein, deren Soldaten trotz der Erhöhung des Solds weiter ein „Vorbild“ an Unprofessionalität und Nachlässigkeit sind. Nach der Durchführung der Analyse hat das Kommando der Seestreitkräfte der Ukraine den Kommandeur der 35. Marineinfanteriebrigade Palas angewiesen, bis zum 5. April einen Bericht vorzulegen, in dem die Ursachen für die massenhaften Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils, von Alkoholismus sowie für die Weigerung von Soldaten, die bereits einen Vertrag unterschrieben haben, den Dienst in diesem Truppenteil fortzusetzen, dargestellt werden.

Im Zusammenhang mit den in der Ukraine durchgeführten Präsidentschaftswahlen haben wir Informationen erhalten, dass im Rahmen der operativ-taktischen Gruppierungen „Ost“ und „Nord“ Kontaktgruppen geschaffen wurden, zu deren Aufgabe die Kontrolle des Zugangs von Pressevertretern und Beobachtern zu besonderen Wahllokalen im OOS-Gebiet gehört. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Gruppen zielgerichtet gebildet wurden, um die Kontrolle über die Durchführung der Wahlen zu erschweren, um eine Fälschung der Wahlergebnisse zu ermöglichen.

de.sputniknews.com: **OSZE kritisiert Einreiseverbot für Russlands Wahlbeobachter in die Ukraine**

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat das Einreiseverbot für russische Wahlbeobachter in die Ukraine kritisiert.

Der Beschluss Kiews, keine russischen Wahlbeobachter in das Land einreisen zu lassen, widerspreche den Normen und Prinzipien der Organisation, teilte der Sonderkoordinator der OSZE-Wahlbeobachter in der Ukraine, Ilkka Kanerva, während einer Pressekonferenz am Montag mit. Das Ausbleiben russischer Beobachter würde die Legitimität der Wahlen jedoch nicht beeinflussen.

Im Laufe der Wahlen seien jedoch diverse Einmischungsversuche registriert worden. So seien angeblich mehrere Cyber-Attacken abgewehrt worden, es soll auch mehrmals die Verbreitung von Desinformation unterbunden worden sein. Die Beobachter berichten zudem von Fällen des Missbrauchs von Verwaltungsressourcen und der Bestechung von Wählern, was die Glaubwürdigkeit des Wahlprozesses in diesem Land untergraben würde, so Kanerva.

Im Großen und Ganzen seien die Wahlen jedoch gut organisiert verlaufen, wie einer der Beobachter mitteilte. Den Wählern sei barrierefreier Zugang, den Teilnehmern faire Wettbewerbsbedingungen gewährt worden.

Zugleich teilte der Beobachter von Seiten der Nato mit, dass die Tatsache, dass die Regionen Donezk und Lugansk im Kriegsgebiet Donbass sowie die in Russland arbeitenden beziehungsweise lebenden Ukrainer nicht an der Abstimmung teilnahmen, die Wahlen stark negativ beeinflusst habe.

Am Sonntag waren rund 30 Millionen Wahlberechtigte in der verarmten und kriegsgebeutelten Ex-Sowjetrepublik zu den Urnen gerufen worden. Die Beteiligung war mit 67 Prozent höher als bei der vorherigen Wahl 2014.

Manipulationsvorwürfe überschatteten die Abstimmung: Das Innenministerium in Kiew prüft nach eigenen Angaben mehr als 2000 Anzeigen wegen mutmaßlicher Verletzung des Wahlrechts. Die Liste reicht von illegaler Werbung über Wählerbestechung bis hin zu Beschädigung von Wahlzetteln.

Selenskis Wahlstab klagte etwa über Namen von Verstorbenen in Wählerlisten. Das Team Poroschenkos meldete, dass in einem Kiewer Wahllokal Kugelschreiber mit sympathischer Tinte benutzt worden seien. Die Zentrale Wahlkommission in Kiew will allerdings keine schweren Verstöße registriert haben.

Landesweit hatten fast 30.000 Wahllokale geöffnet. Die ukrainische Wahlbehörde machte diesmal keine Wahllokale in Russland auf. Nach Angaben des Kiewer Außenministeriums leben etwa drei Millionen Ukrainer im östlichen Nachbarland. Auch die selbsterklärten

Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Osten der Ukraine, die einige Millionen Einwohner zählen, waren von der Wahl ausgeschlossen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32455/14/324551421.jpg>

de.sputniknews.com: **Russland übertrumpft USA beim Export von Flüssiggas nach Europa**

Russland hat die USA bei den Lieferungen von verflüssigtem Erdgas nach Europa und Asien überholt. Das geht aus dem aktuellen Jahresbericht der Internationalen Gruppe der LNG-Importeure (GIIGNL) hervor.

Im vorigen Jahr hat der Export von russischem Flüssiggas nach Europa 4,43 Millionen Tonnen betragen, während die USA im selben Zeitraum 2,7 Millionen an die EU lieferten. Als die wichtigsten Flüssiggasexporteure für den europäischen Markt gelten heute Katar mit 16,42 Millionen Tonnen, Algerien mit 9,29 Millionen Tonnen und Nigeria mit 9,07 Millionen Tonnen.

Auch bei den Flüssiggas-Lieferungen an den äußerst attraktiven asiatischen Markt ist Russland den USA voran. Im genannten Zeitraum wurden 12,86 Millionen Tonnen russisches Flüssiggas und 10,73 Millionen Tonnen US-amerikanisches Flüssiggas nach Asien exportiert. Unter den LNG-Exporteuren auf dem asiatischen Markt liegt Australien mit 66,54 Millionen Tonnen an erster Stelle. Darauf folgen Katar mit 56,78 Millionen Tonnen und Malaysia mit 24,66 Millionen Tonnen.

Der Weltimport von Flüssiggas ist im Jahr 2018 um 8,3 Prozent auf 313,8 Millionen Tonnen gestiegen. Flüssiggas wird derzeit von 42 Ländern bezogen und von 20 Ländern exportiert. Den Löwenanteil an den LNG-Lieferungen (76 Prozent) haben asiatische Länder.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32455/06/324550690.jpg>

de.sputniknews.com: **Idlib: Frankreich dementiert Vorwurf über die Vorbereitung vom Fake-Angriff**

Das Außenministerium Frankreichs hat die Erklärungen des russischen Zentrums für Aussöhnung der Konfliktparteien in Syrien dementiert, wonach die französischen Geheimdienste in die Planung eines Fake-Angriffs mit Giftstoffen in Idlib verwickelt sein sollen.

„Hier geht es nicht um Informationen, sondern um grobe Lügen, die für dieses von den russischen und syrischen Behörden organisierte Zentrum üblich sind“, sagte ein Vertreter des französischen Außenministeriums gegenüber Sputnik.

Zuvor am Freitag hatte der Chef des Aussöhnungszentrums, Generalmajor Viktor Kuptschischin, mitgeteilt, dass „Geheimdienstvertreter aus Frankreich und Belgien in Idlib angekommen sind, um Provokationen zu organisieren“.

Bei der Inszenierung wollen die Provokateure, so der General weiter, offenbar eine echte Giftsubstanz anwenden, um „glaubwürdiges Foto- und Videomaterial“ zu gewinnen. Laut Kuptschischin wollen die Provokateure auch Videoaufnahmen echter russischer Luftangriffe benutzen, um die Öffentlichkeit zu überzeugen.

„Belgische Geheimdienstler haben vom 14. bis zum 27. März 2019 russische Luftangriffe auf Munitionslager der Terroristen in der Deeskalationszone Idlib gefilmt, um die Aufnahmen dann als ‚Beweis‘ für den Einsatz chemischer Waffen zu präsentieren“, teilte er mit.

mil-lnr.info: **Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine hat der Gegner die Zahl der Beschießungen an der Kontaktlinie verringert.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**.

Der Beschuss des Territoriums der Republik erfolgte von den Positionen der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte. Auf Befehl des Kriegsverbrechers Garas wurde das Gebiet von **Losowoje** mit 120mm-Mörsern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Außerdem wurden von den Positionen der 10. Gebirgssturmbriade, deren Kommandeur der Kriegsverbrecher Subanitsch ist, das Gebiet von **Smeloje** mit 82mm-Mörsern und Granatwerfern beschossen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik **mehr als hundert verschiedene Geschosse abgefeuert**.

Trotz der Erklärungen des Kommandos der vereinigten Kräfte über das Fehlen von Verstößen bei der Abstimmung der Soldaten, sind die Wahlen in der Zone der Strafoperation nicht ohne Zwischenfälle verlaufen.

So hat in dem besonderen Wahllokal auf dem Territorium der 54. mechanisierten Brigade ein Soldat in betrunkenem Zustand demonstrativ seinen Stimmzettel zerstört, daraufhin entstand ein Konflikt mit Offizieren. Die Situation entwickelte sich im Bereich des Wahllokals weiter, wo der Soldat von einer Gruppe von Offizieren verprügelt wurde. Nach dem Vorfall kam der Soldat mit mittelschweren Verletzungen in eine medizinische Einrichtung.

Dies ist bei weitem nicht der einzige Fall nicht kampfbedingter Verluste unter dem Personal dieses Verbandes. Ein weiterer Soldat wurde infolge der Nichteinhaltung von Sicherheitsbestimmungen beim Umgang mit der Waffe tödlich verletzt. Bei den Ermittlungen wurde festgestellt, dass der Soldat betrunken war. Die Verantwortung für alle Vorfälle trägt der Brigadekommandeur, der Verbrecher Majstrenko.

Die Ursachen für die Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste, die die ukrainische Armee überschwemmen, kommen in den Berichten von Mitarbeitern der speziellen

Rechtsschutzformationen zum Ausdruck.

Nach Informationen einer Quelle hat die Führung des militärischen Rechtsordnungsdienstes der ukrainischen Streitkräfte eine Analyse der Fälle von Verletzungen der Regeln beim Umgang mit der Waffe durch Soldaten in der Zone der Strafoperation durchgeführt. Gemäß diesem Dokument sind die Hauptursachen von Verletzung und Tod die Ausführung dienstlicher Obliegenheiten unter Alkohol- und Drogeneinfluss sowie das geringe Niveau der Kontrolle von Seiten des Kommandos über das Personal.

Die Materialien über Todesfälle veröffentlicht das Kommando der OOS nicht und verheimlicht es auch gegenüber Verwandten der Soldaten. Die bei uns eintreffenden Informationen geben Anlass zu behaupten, dass die einfachen Soldaten in der ukrainischen Armee in einer katastrophalen Lage sind.

Wir unsererseits erhöhen weiter das Niveau der Professionalität des Personals und der Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung unserer Republik. Außerdem werden in den Abteilungen der Volksmiliz der LVR Übungen zu den Sicherheitsanforderungen unter Leitung der Kommandeure der Einheiten durchgeführt.

Ich erkläre eines weiteres Mal, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen streng einhält. Wir sind nach wie vor offen für einen Dialog und bereit zu einer friedlichen Lösung des Konflikts.

de.sputniknews.com: **Kreml zu Selenskis Worten: Thema „Krim“ für immer geschlossen**
Das Thema „Krim“ ist für immer geschlossen, und jene Termini wie „Besatzung“ und „Annexion“ sind laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, weder de facto noch de jure anwendbar. Dies erklärte Dmitri Peskow hinsichtlich der Worte des ukrainischen Präsidentschaftskandidaten, Wladimir Selenski.

„Was die Erwähnung der Krim in diesem Kontext betrifft, so halten wir dies auch für unzulässig, da das Thema ‚Krim‘ keiner Diskussion unterliegt, denn das ist ein Thema, das für immer abgeschlossen ist. Zumal die Worte ‚Besatzung‘ oder ‚Annexion‘ gegenüber der Krim absolut unanwendbar sind – weder de facto noch de jure. Alles, was in der Krim erfolgte, ist in strikter Übereinstimmung sowohl mit der Gesetzgebung der Ukraine als auch aufgrund des Völkerrechts getan worden“, sagte Peskow, nach der Reaktion des Kremls auf Selenskis Worte hinsichtlich der „okkupierten Territorien“ der Ukraine befragt.

„Wir sind bereit, jedem ukrainischen Bürger zu erläutern, dass Russland keine ukrainischen Territorien okkupiert, davon kann überhaupt keine Rede sein. Weil in diesem Fall diese (...) (nicht anerkannte Republiken im Donbass) von der Ukraine selbst abgetrennt wurden. Das, was heute dort vor sich geht, ist eine Folge jener Politik, die von der ukrainischen Führung betrieben wird“, betonte Peskow gegenüber Journalisten.

Die Krim ist nach dem dort im März 2014 stattgefundenen Referendum eine russische Region geworden. Die überwiegende Mehrheit der Wähler der Republik Krim und der Stadt Sewastopol hatten damals für den Eintritt in den Bestand Russlands gestimmt. Die Krimbehörden hatten das Referendum nach dem Staatsstreich in der Ukraine im Februar 2014 durchgeführt. Die Führung Russlands hatte mehrmals erklärt, dass die Krim-Einwohner auf demokratische Weise und in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und der Uno-Satzung für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt hätten. Nach Worten des russischen Präsidenten sei die Krim-Frage „definitiv geschlossen“.

Die Präsidentenwahlen in der Ukraine fanden am Sonntag, dem 31. März, statt. Laut Angaben der Zentralen Wahlkommission hat keiner der Kandidaten die für den Sieg in der ersten Runde nötige Stimmenzahl gesammelt, die zweite Runde soll am 21. April stattfinden. Im Ringen um den Sieg bei den Präsidentenwahlen geht den anderen Kandidaten der Showman Wladimir Selenski voran. Auf die Teilnahme an der zweiten Runde erheben der aktuelle Präsident Petro Poroschenko und die Führerin der Partei „Batkiwtschchina“, Julia Timoschenko, Anspruch. Poroschenko ist Timoschenko allerdings um 3 Prozent voraus.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32351/81/323518174.jpg>

de.sputniknews.com: **Russland am Nordpol bald nicht mehr allein – National Interest**

Russland will seine wirtschaftliche und militärische Kontrolle über die sich rasch erwärmende Arktis verstärken. Darüber schreibt das US-Magazin „National Interest“. Die Vereinigten Staaten melden jedoch ebenfalls ihre Rechte auf diese Region an.

Washington beabsichtige, innerhalb von zehn Jahren eine Eisbrecherflotte aufzubauen und dafür eine halbe Milliarde Dollar auszugeben. Das bedeute vor allem, dass Russland am Nordpol nicht mehr allein sein werde, so die Zeitschrift.

Gegenwärtig erbringe die Arktis etwa 15 Prozent des russischen BIP. Mitte März habe das russische Ministerium für Naturressourcen und Umwelt einen umfassenden Plan zur Entwicklung der Arktis vorgelegt.

Laut den Experten aus dem Institut für Kriegsforschung in Washington Nataliya Bugayova, Alexander Begey und Darina Regio „umfasst dieser Plan mehr als 100 Projekte, die auf die Entwicklung, Erforschung und Verarbeitung der Bodenschätze der Region in jener Zeit abzielen, wenn das polare Eis allmählich schmilzt“.

„Außerdem baut der Kreml sein militärisches Potenzial im hohen Norden weiter aus“, betonen die Experten.

Das Ziel Moskaus bestehe vor allem darin, einen ungehinderten Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen jenseits des Polarkreises sowie entlang des Nördlichen Seeweges zu haben.

Dem Kommandeur der Nordflotte Russlands, Admiral Nikolaj Ewmenow, zufolge, werden die russischen Streitkräfte bald den Bau eines neuen Militärflugplatzes in der Siedlung Tiksi außerhalb des Polarkreises beenden.

In den letzten Jahren habe Russland seine militärische Präsenz in der Region ausgebaut, indem es neue militärische Anlagen zur Ergänzung seiner mächtigen Eisbrecherflotte geschaffen sowie Luft- und Schiffsabwehrkomplexe eingesetzt habe.

Neben Russland seien aber auch die Vereinigten Staaten an einer Entwicklung der arktischen Region interessiert.

Im Januar habe der US-Kongress die Bereitstellung von 655 Millionen US-Dollar für den seit den letzten 43 Jahren ersten neuen Eisbrecher für die US-Küstenwache gebilligt.

Anfang 2019 verfügte die US-Küstenwache nur über die „Polar Star“, einen 120 Meter langen Eisbrecher, der 1976 in Betrieb genommen wurde, und die „Healy“, einen 128 Meter langen Eisbrecher, der seit 1999 in Betrieb ist.

Der „Polar Star“ ist in der Lage, eine bis zu 6,5 Meter dicke Eisdecke zu durchbrechen, während die „Healy“ nur eine bis zu 1,4 Meter dicke Eisdecke bezwingen könne.

Beide US-amerikanischen Eisbrecher können theoretisch an beiden Polen eingesetzt werden. In den letzten Jahren verbrachte die „Healy“ aber die meiste Zeit in arktischen Gewässern,

während die „Polar Star“ hauptsächlich in der Antarktis eingesetzt wurde.

„Obwohl die ‚Healy‘ eine Reihe von Aufgaben erfüllen kann, kann sie unter den Eisverhältnissen der Antarktis nicht alleine eingesetzt werden und einen zeitnahen Zugang zu einigen Gebieten der Arktis im Winter gewährleisten“, erklärte das US-Kontrollministerium in seinem Bericht vom September 2018.

Mit dem Bau von zwei neuen Eisbrechern werde gerade begonnen, so das Magazin.

„Der Kongress ist der Ansicht, dass die US-Küstenwache im Geschäftsjahr 2029 über mindestens sechs Eisbrecher der Polar-Klasse verfügen sollte“, heißt es im US-Verteidigungsgesetz von 2019.

Die neuen Investitionen Amerikas in die eigenen Eisbrecher bedeuten jedoch, dass Russland am Nordpol nicht mehr allein sein werde.

de.sputniknews.com: **„Fliegender Albtraum“ aus Russland: Eine ganz normale Entwicklung – Experte**

Ein „fliegender Albtraum“ – so bezeichnet der US-Experte Kyle Mizokami ein Fluggerät zur Drohnenabwehr, das ein Studententeam am Moskauer Staatlichen Luftfahrtinstitut entwickelt hat. Der russische Fachjournalist Boris Roschin erklärt im Sputnik-Gespräch, wie es zu dieser Aufregung kommt.

Im Grunde ist das propellergetriebene Gerät ein fliegender Karabiner, der die gegnerischen Drohnen mit Schrotkugeln bekämpft. Diese seien viel gefährlicher als gewöhnliche Gewehrpatronen, schreibt Mizokami im Beitrag für das Fachportal „Foxtrot Alpha“. „Der Krieg ist schon schrecklich genug in der Form, in der er heute existiert. Jetzt kommt noch ein Tausenderschwarm dieser fliegenden Roboter mit Schrotgewehren hinzu.“ Das Gerät könne wohl auch gegen lebende Ziele eingesetzt werden, so der US-Experte.

Dass russische Entwickler bei der Drohnentechnik gut vorangekommen sind, stellen viele Beobachter auch im Westen fest, sagt der russische Fachjournalist Boris Roschin im Sputnik-Gespräch. „Auch bei Abfangdrohnen sind Fortschritte festzustellen. Die Abfangdrohnen dienen dazu, Kleinfluggeräte des Gegners abzuwehren, die entweder zur Aufklärung oder zu taktischen Luftangriffen eingesetzt werden“, erklärt der russische Experte.

Diese Entwicklung sei ja auch durchaus logisch: „Wenn Aufklärungs- und Angriffstechnik immer weiterentwickelt wird, muss auch die Abwehrtechnik mithalten“, so der Fachjournalist. „Viele Länder experimentieren mit neuen Drohnen. China zum Beispiel testet eine Drohne als Minenwerfer.“

Indes sind eigens zur Drohnenabwehr entwickelte Waffensysteme derzeit nicht so zahlreich.

„Normalerweise werden bereits vorhandene Waffenmuster zu diesem Zweck angepasst.

Deshalb ist es naheliegend, dass die Aufregung wegen der russischen Neuentwicklung so groß ist.“

Das am Moskauer Staatlichen Luftfahrtinstitut entwickelte Abwehrvehikel kann praktisch überall starten und landen. In der Luft bleibt es bis zu 40 Minuten lang.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32454/77/324547726.png>

de.sputniknews.com: **Pünktlich zum Geburtstag: Nato „schenkt“ sich mehr Engagement im Schwarzen Meer**

Die Nato will sich stärker für die Sicherheit im Schwarzen Meer engagieren. Das hat Generalsekretär Jens Stoltenberg laut DPA angekündigt. Der Grund sei demnach die jüngste Eskalation des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland.

Diese jüngste Eskalation ist schon eine Weile her. Im November gab es einen Vorfall zwischen der russischen Küstenwache und drei ukrainischen Marinebooten an der Meerenge von Kertsch ins Asowsche Meer. Die russische Küstenwache setzte die Boote samt Besatzung fest, weil sie die russische Staatsgrenze illegal überquert hatten. Die Seeleute sind bis heute in U-Haft.

„Die aggressiven Verhaltensmuster Russlands besorgen uns“, sagte Nato-Generalsekretär Stoltenberg am Montag. Diese „Verhaltensmuster“ liegen über vier Monate zurück.

Wesentlich näher liegt aber der runde Geburtstag des Nordatlantikpaktes. 70 Jahre hat die Nato diese Woche auf dem Buckel. Das Jubiläum wird bei einem Außenministertreffen am Mittwoch und Donnerstag in Washington gefeiert.

Die Geschenke macht sich die Nato selbst. Im Schwarzen Meer soll die Ausbildung von ukrainischen und georgischen Küstenschützern intensiviert werden. Zudem solle es weitere Hafenbesuche von Nato-Schiffen, gemeinsame Übungen und einen verstärkten Informationsaustausch geben. Darüber werden die Außenminister bei ihrem Treffen laut Stoltenberg entscheiden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32455/25/324552500.jpg>

abends:

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Mörserfeuer aus Richtung Nowoluganskoje in Richtung **Dolomitnoje** eröffnet. Außerdem wurde um 17:20 Uhr **Sajzewo** mit 120mm-Mörsern beschossen.

Bis jetzt wurden folgende Schäden festgestellt:

Golmowskij:

- Sagorodnaja-Straße 8 – ein Kinderspielplatz wurde beschädigt;
- die Dächer der Garagen Nr. 23 und Nr. 48 in der Garagenkooperative wurden beschädigt.

Dolomitnoje

- Shelesnodoroshnaja-Straße 4 – Brand einer Sommerküche;
- Shelesnodoroshnaja-Straße 13, 31 – die Häuser brennen;
- Shelesnodoroshnaja-Straße 33 – Treffer auf das Haus.

Die genauen Schäden werden noch ermittelt.

Sajzewo:

- Rybalko-Straße 208 – direkter Treffer auf das Haus.

Der Beschuss auf Sajzewo hält noch an.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Kein Deutschland-Besuch für Krimdeutsche – wegen Visaproblemen**

Der Vorsitzende der deutschen national-kulturellen Autonomie der Krim, Juri Gempel, hat das Auswärtige Amt Deutschlands aufgerufen, die Visa-Ordnung für die Krimbewohner zu revidieren, die auch heute noch gezwungen sind, Gastvisa für Deutschland bei der deutschen Botschaft in Kiew zu beantragen.

Laut Gempel sind die Krimdeutschen seit nun schon fünf Jahren mit Problemen beim Erwerb von Einreisegenehmigungen für Deutschland konfrontiert.

„Die Probleme bei der Ausstellung von Gastvisa für die Krimdeutschen, die Verwandte in Deutschland haben, bestehen weiterhin. Bedauerlicherweise schickt das deutsche Außenministerium unsere Landsleute, die Visa bekommen wollen, in die deutsche Botschaft in der Stadt Kiew. All das macht es den Krimdeutschen unmöglich, nach Deutschland zu reisen“, sagte der Vorsitzende der Krimdeutschen-Gemeinde gegenüber Sputnik.

Dadurch würden die Krimdeutschen faktisch dazu gezwungen, im Austausch gegen einen Besuch bei ihren Verwandten in Deutschland sich als Staatsbürger der Ukraine anzuerkennen, so Gempel.

„Wir rufen das deutsche Außenministerium auf, seine Haltung zu revidieren und es den Krimdeutschen zu ermöglichen, als vollberechtigte Bürger Russlands Einreisevisa für Deutschland in Moskau ausstellen zu lassen“, sagte Gempel. Er fügte hinzu, dass in der jetzigen Situation die Rechte des Menschen auf Bewegungsfreiheit in grober Weise verletzt würden.